BUND MAGAZIN

03 22 | Landesverband Schleswig-Holstein

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

regional

FLÄCHENFRASS UND VERDICHTUNG

Drei Jahre im Kampf gegen den Flächenverbrauch

AAL IN GEFAHR

Höchste Zeit für effektiven Artenschutz

ANGRIFF AUF DIE ZIVILEN BETEILIGUNGSRECHTE

Der Koalititonsvertrag unter der Lupe

Carl-Heinz Christiansen, stellvertretender Landesvorsitzender

LIEBE LESER*INNEN,

jetzt liegt er vor: der erste Schwarz-Grüne Koalitionsvertrag für Schleswig-Holstein. Zusammenfassend können wir feststellen: Er hat mehr Schatten als Licht. Es fehlen viele der dringend benötigten Weichen für eine lebenswerte Zukunft. Großteile des Textes verlieren sich in unkonkreten Worthülsen, bei denen wir einen klaren Kurs Richtung sozial-ökologischer Transformation vermissen.
Völlig unverständlich ist die Trennung der Landwirtschaft vom Umweltministerium. Ein fatales Signal, denn Naturschutz und Landwirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille. Dafür darf sich das Umweltministerium mit der Installation des von uns vehement abgelehnten LNG-Terminals in Brunsbüttel herumschlagen, welches eher ein Fall für den Wirtschaftsminister gewesen wäre. Zwei gleichwertige Krisen – die Klima- und die Biodiversitätskrise – werden im Koalitionsvertrag unterschiedlich stark behandelt und sogar gegeneinander ausgespielt. Als Umweltverband werden wir einer Politik die Stirn bieten, die meint, den Klimaschutz gegen den Naturschutz ausspielen zu müssen.
Beunruhigend sind die Bestrebungen der Landesregierung, die in EU-Normen festgelegten Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen und Verbände massiv zu beschneiden. Eine Erhöhung der Akzeptanz von Maßnahmen wird so nicht erreicht werden.
Das wir schlagkräftig sind, haben wir mit unseren gemeinsam erarbeiteten Statements und Forderungen zur Landtagswahl gezeigt. Auch den Koalitionsvertrag haben wir analysiert und bewertet. Die Auswertung dazu gibt es auf unserer Homepage unter **bund-sh.de/landespolitik**.

Es gibt jedoch auch Erfolge: Unser Projekt „Weniger ist mehr – Versiegelung stoppen“ (ab Seite 4) geht nach drei Jahren erfolgreich zu Ende. Mit dem Projekt konnten wir das Thema Flächenfraß in der Politik und Öffentlichkeit verankern. Ein Folgeprojekt mit ähnlicher Thematik wird es geben.

Im Norden hat sich eine neue Ortsgruppe gegründet, in der sich Aktive für den Natur- und Umweltschutz engagieren wollen (Seite 3). Ein deutliches Zeichen, dass es immer (noch) Menschen gibt, denen eine lebenswerte Welt und intakte Natur wichtig ist.

Und wenn Sie sich selbst engagieren möchten? Bestimmt gibt es bei Ihnen in der Nähe eine BUND-Gruppe – oder Sie gründen eine: Unser neuer Freiwilligenmanager Markus Hammer unterstützt Sie gern dabei.

Herzliche Grüße

Ihr

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

@BUNDSchleswigHolstein
@SHBUND
www.bund-sh.de/newsletter
@bund_sh
info@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Für dich setzen wir uns für den Umwelt- und Naturschutz ein.

Unterstütze uns mit einer Spende

bund-sh.de/spenden-und-unterstuetzen

INHALT

Vorwort	2
Ortsgruppe Südtondern will sich einmischen	3
Neubaugebiet gefährdet artenreichen Ihlsee	3
Titelthema: Flächenfraß und Verdichtung	4
Aalzeit – Höchste Zeit für effektiven Artenschutz!	7
Koalititonsvertrag – Angriff auf die zivilen Beteiligungsrechte	8
Neuer Freiwilligenmanager	9
Gender und Mobilität	10
Eine Raupe auf der Suche nach Veilchen	11
Termine	12
Impressum	12

ORTSGRUPPE SÜDTONDERN WILL SICH EINMISCHEN

RALF HERRMANN
Co-Sprecher Ortsgruppe Südtondern

Will nicht auf die Politik warten und den Umweltschutz jetzt vor Ort anpacken.

Es herrschte Aufbruchsstimmung, als sich die knapp 20 Interessierten zur Gründung einer neuen BUND-Ortsgruppe am 11. Mai im Naturkundemuseum in Niebüll einfanden. Carl-Heinz Christiansen, Vorsitzender der Kreisgruppe Nordfriesland und stellvertretender Vorsitzender des BUND-Landesvorstands, leitete die Versammlung: Bereits diese Gründungsveranstaltung brachte viele Themen zutage, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht.

Zukünftig will sich die Gruppe in den Bereichen Energiewende, Flächenfraß, Tierwohl und fahrradfreundliche Gemeinden politisch einmischen. Die praktische Arbeit wird sich dem Artenschutz und der Umweltbildung widmen: Den Auftakt machen Projekte für den Insektenschutz und naturnahes Gärtnern. Bereits im Herbst ist eine Pflanzentauschbörse geplant. Auch um die Steuobstwiese am Stadtrand von Niebüll will sich die neue BUND-Gruppe kümmern.

Von links: Sprecher der Kreisgruppe Nordfriesland und stellv. Vorsitzender des Landesverbands Carl-Heinz Christiansen und das Sprecher-Trio Ralf Herrmann, Thomas Hellwig und Jutta Berndt.

Die Sprecher*innen der Ortsgruppe sind Jutta Berndt, Thomas Hellwig und Ralf Herrmann. Die Gruppe trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat. Ort und Uhrzeit werden rechtzeitig bekanntgegeben und sind auch auf der Internetseite zu finden.

KONTAKT ZUR ORTSGRUPPE SÜDTONDERN
bund-nordfriesland.de/ueber-uns/bund-suedtondern
suedtondern@bund-nordfriesland.de

NEUBAUGEBIET GEFÄHRDET ARTENREICHEN IHLSEE

Das Ufer des Ihlsees ist überwiegend bewaldet und spärlich besiedelt.

Der Ihlsee ist aufgrund seiner Flora und Fauna einer der bedeutendsten Seen in Schleswig-Holstein. Hier wachsen noch Wasserlobelie, Brachsenkraut, Tausendblatt und andere seltene, zugleich stark gefährdete Arten.
Allerdings ist ihr Bestand in den letzten Jahrzehnten massiv geschrumpft. Eine der wesentlichen Ursachen dafür ist der Eintrag von Nährstoffen. Gutachten betonen, dass die umliegenden Grün- und Waldflächen einen wichtigen Schutz darstellen und den Nährstoffeintrag verringern. Das zuständige Landesamt (LLUR) hat zwar einen Managementplan zum Schutz des Sees erarbeitet, allerdings wurden viele Maßnahmen, die die Gutachter gefordert haben, nicht aufgenommen. So enthält er beispielsweise keine konkreten, messbaren Ziele zur Reduzierung des Phosphatgehalts. Nun hat das Landesamt sogar gegen eine von ihm selbst erlassene „Erhaltungsmaßnahme" verstoßen und erlaubt im Einzugsgebiet des Sees ein Neubaugebiet. Hierfür sollen nicht nur mehrere Hektar Grünflächen geopfert werden, sondern auch 18.000 Quadratmeter wertvoller Mischwald, die dem See bisher Schutz bieten. Viele Bürger*innen und nicht zuletzt der neu gegründete BUND-Ortsverband sind schockiert und bereit, juristische Schritte zu unterstützen. Sie vermuten, dass das Landesamt massiv gegen EU-Rechte verstößt. EU-Richtlinie 92 schreibt vor, dass der Zustand von FFH-Gebieten, wie dem Ihlsee, zu erhalten und darüber hinaus eine Verschlechterung verboten ist.

HENNING VOLLERT
Co-Sprecher Ortsgruppe Bad Segeberg

Für ihn bedeutet Leben am und mit dem Ihlsee Lebensqualität pur.

M. Michaelis

Neubaugebiete fressen sich weiter in die Landschaft. Natur- und Kulturlandschaften gehen unwiederbringlich verloren.

FLÄCHENFRASS UND VERDICHTUNG

Nach drei Jahren geht das Projekt „Weniger ist mehr – Versiegelung stoppen!“ im August zu Ende. Wir blicken zurück und wagen einen Ausblick.

MERLIN MICHAELIS
Projektleiter „Weniger ist mehr – Versiegelung stoppen!“

Wird auch nach drei Jahren nicht müde, für ein grünes Schleswig-Holstein und gegen den grauen Einheitsbrei zu kämpfen.

Wie überzeugt man in Zeiten einer Pandemie Menschen davon, nicht raus ins Grüne zu ziehen? Und wie kann man eigentlich überzeugen, wenn man sich coronabedingt nicht treffen kann?

Auf den folgenden Seiten wollen wir gemeinsam zurückblicken auf drei Jahre Kampf für den Erhalt von Naturräumen und gegen den Flächenfraß. Gleichzeitig soll ein Ausblick gewagt werden: Wie geht es nach dem Projekt weiter? Was wird bleiben und was können wir eigentlich von der neuen Landesregierung erwarten?

WENIGER IST MEHR

Im August 2019 startet das Projekt „Weniger ist mehr – Versiegelung stoppen!“. Das von BINGO! – Die Umweltlotterie über drei Jahre geförderte Vorhaben hat sich zum Ziel gesetzt, das Ruder in Sachen Flächenfraß und Versiegelung rumzureißen. Gegenzusteuern, bevor es endgültig zu spät ist. Zu spät für die letzten verbliebenen Natur- und Kulturlandschaften in Schleswig-Holstein, die noch nicht dem Bauwahn zum Opfer gefallen sind. Jeden Tag gehen mehr als drei Hektar unbebaute Flächen unwiederbringlich

verloren – die Fläche von fünf Fußballfeldern. Sie müssen weichen für Einfamilienhäuser, Logistikzentren, Straßen und Energieinfrastruktur; kurz: der Industrialisierung der Landschaft.

WAS KANN ICH TUN?

Diese Frage stellen sich viele ehrenamtlich Engagierte in den gewählten Gremien der Gemeinden angesichts der sich zuspitzenden Situation. Denn neben dem meist fehlenden Wissen um die Probleme, die der Flächenverbrauch mit sich bringt, braucht es bei denen, die hier schon weiter sind, vor allem Hilfestellungen bei der Umsetzung von Lösungsansätzen. Was kann ich als Kommunalpolitiker*in machen? Was darf ich überhaupt entscheiden und welches sind die Stellschrauben, die mir zur Verfügung stehen? Die kommunale Selbstverwaltung ist ein heißes Eisen, das sich die Landespolitik nicht traut, anzufassen. Und so bleibt die Verantwortung für das Thema Flächensparen – in Ermangelung von Regelungen von Landesseite – bei den ehrenamtlichen Strukturen der Gemeinden selbst hängen. Eine unglaubliche Peinlichkeit der Landesregierung angesichts der krassen Mängel und finanziellen und ökologischen Auswirkungen.

WIR GEBEN HILFESTELLUNG

Genau hier setzte unser Projekt vor drei Jahren an. Von Anfang an war klar: Wir wollen den Gemeinden unter die Arme greifen und die Kommunalpolitik unterstützen. In zahlreichen Gesprächen stellten wir den großen Bedarf an Informationen und Handlungsempfehlungen fest. So entstanden im Laufe des Projekts zwei Leitfäden für die Kommunalpolitik: Einer zum Wohnungsbau und einer mit dem Schwerpunkt Gewerbe. Letzterer erscheint im August 2022 und bildet den Abschluss des Projekts. Die Leitfäden klären auf der einen Seite über das Problem Flächenverbrauch auf und machen die Folgen der aktuellen Entwicklung für Natur und Klima aber auch für die Gemeindekasse und das soziale Miteinander deutlich. Auf der anderen Seite werden konkrete, praxisnahe Maßnahmen vorgeschlagen, die den Kommunen helfen können, Flächen zu sparen.

VOR ORT ODER DIGITAL

Seit Erscheinen des ersten Leitfadens haben wir über sechzig Veranstaltungen mit Orts- und Kreisgruppen der Parteien, in Bauausschüssen, mit anderen Verbänden und BUND-Gruppen durchgeführt, um die Ideen aus dem Leitfaden zu verbreiten. In Pandemiezeiten war das nicht immer vor Ort möglich. Viele der Veranstaltungen mussten per Video-Konferenz stattfinden. Wenn auch der Verzicht auf den persönlichen Austausch schwer fiel, haben wir dennoch gelernt, dass wir auf digitalem Wege ein niedrigschwelliges Format auf die Beine stellen können, um Menschen ohne lange Anreise in ganz Schleswig-Holstein mit ins Boot zu holen: Auf diese Weise konnten und können wir ein neues Publikum ansprechen, das wir bisher nicht erreicht haben.

WAS BLEIBT

Wir haben tausende Leitfäden verschickt, hunderte Hintergrundgespräche mit Verwaltung, Politik und Stakeholdern geführt, dutzende Veranstaltungen durchgeführt – und gebaut wird immer noch. Was bleibt also? Langsam, aber sicher scheint ein erstes zaghaftes Umdenken stattzufinden. Im Innenministerium wurde 2021 eine Abteilung für nachhaltiges Flächenmanagement eingerichtet, das Kommunen unterstützen soll, Mittel für den Ankauf von gemeindeeigenen Flächen bereitzustellen und sie bei fachlichen Fragen berät. Außerdem werden seither Mittel des Landes für die Einrichtung von Stellen auf Kreisebene zur Verfügung gestellt, die die Kommunen vor Ort beraten sollen. Denn auch das ist eine Erfahrung: In den Kreisverwaltungen wird die Verantwortung gerne auf die ehrenamtliche Selbstverwaltung geschoben. In eben die Gemeindevertretungen, die dann aus Ermangelung an fachlicher Expertise einerseits und manch kurzsichtigem Kirchturmdenkens andererseits, ökologisch schädigende und meist auch ökonomisch fragwürdige Entscheidungen treffen.

NETZWERKEN

Eines der strategischen Ziele unseres Projekts war die Entwicklung eines Netzwerks aus Verbänden und unterschiedlichen Interessensgruppen, die mit dem Themengebiet Fläche in Verbindung stehen. Es zeigte sich, dass die aktuelle Entwicklung nicht nur ein Thema für die Umweltverbände ist. So trafen sich in dem „FORUM Fläche und Versiegelung“ Vertreter*innen der Landwirtschaft, Wasser- und Bodenverbände, Energieversorgung, Architekt*innen, Vertreter*innen von Gemeinde-, Kreis- und Städtetag sowie der Wohnungsbauunternehmen. Als Ausrichter dieser Gesprächsrunde und Teilnehmer vieler Diskussionsrunden hat sich der BUND Landesverband inzwischen die Meinungsführerschaft im Land erarbeitet und ein entsprechendes Gewicht in der politischen Diskussion erlangt. Die hierdurch erlangten Kontakte bewirken auch eine positive Rückkopplung auf andere Politikfelder, wie dem Zukunftsdialog Landwirtschaft oder der

Der Versiegelungsgrad spielt bei der Planung von Flächen oft noch kaum eine Rolle. Flächensparende Ansätze, wie mehrgeschossiges Parken, bilden nach wie vor die Ausnahme.

Niederungsstrategie 2100, bei denen der BUND zunehmend sein Gewicht in die Waage legt.

SCHWARZ + GRÜN = GRAU?

Das Thema ist in der Politik angekommen. Anders als in den vergangenen Wahlkämpfen gibt es kaum ein Wahlprogramm zur Landtagswahl, in dem der Flächenverbrauch nicht aufgegriffen wurde. Im Koalitionsvertrag wird dem Thema sogar ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier gibt es auch einige sinnvolle, oft aber informelle Ansätze und Instrumente. Es fehlt aber ein verbindlicher Rahmen, der Kommunen motivieren könnte, etwas zu tun: An der Freiwilligkeit aller Maßnahmen hat sich nichts geändert. Mehr zur Bewertung des Koalititonsvertrags durch den BUND finden Sie hier im Magazin auf Seite 8 und unter bund-sh.de/landespolitik.

VERKNAPPUNG DRINGEND ERFORDERLICH

Die geplante Einführung eines Wohnraumschutzgesetzes, einer Leerstandsabgabe oder einer Förderrichtlinie für ländliche Co-Working-Spaces begrüßt der BUND ebenso wie den Erhalt und die Stärkung von Baulandfonds und nachhaltigem Flächenmanagement. Sie verpuffen jedoch, wenn es für Kommunen und Kreise keine Verknappung ihrer Bauflächen gibt. Die schwarz-grüne Regierung hat sich nicht getraut, den BUND-Vorschlag aufzunehmen: Wir haben vorgeschlagen, die 1,3-Hektar-Vorgabe der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in verbindliche Flächenkontingente für Kreise und Kommunen umzulegen. Damit hätten die Gemeinden und Städte Planungssicherheit und wüssten, welche jährlichen Flächenkontingente ihnen in den kommenden Jahren zustehen und wo ihre Grenzen des Wachstums liegen. Die Möglichkeit, diese Kontingente untereinander handeln zu können, hätte zudem den vermeintlichen ökonomischen Anreiz vieler Neubaugebiete genommen. Wer solche Kontingente gewinnbringend weiterverkaufen kann, überlegt es sich zweimal, ein ökonomisch unsicheres Vorhaben, wie ein neues Einfamilienhausgebiet, auf den Weg zu bringen.

Nachverdichtung sollte nicht zu Lasten der Biodiversität in der Stadt gehen. Bauen in die Höhe sowie die Schaffung und Aufwertung von Stadtgrün müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

FLÄCHENKREISLAUFWIRTSCHAFT

Das Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft, bei der neue Flächen nur dann versiegelt werden können, wenn anderenorts entsiegelt wird, gilt nicht länger für das Jahr 2050. Dass dieser Flächenkreislauf nun lediglich „perspektivisch" angestrebt wird, erscheint aufgrund der Zielrichtung des Koalitionsvertrages folgerichtig und ist dennoch ökologischer und klimapolitischer Irrsinn. Ob Schleswig-Holstein also unter Schwarz-Grün noch die Kurve kriegt, wird davon abhängen, ob die Unterstützungsangebote an die Kommunen attraktiv sind. Und attraktiv werden diese nur, wenn es eine Verknappung von Flächen gibt. Wer unbegrenzt Flächen für Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete ausweisen kann, interessiert sich nicht für Fördertöpfe oder Beratungsangebote. Nur, wer gezwungen ist umzudenken, freut sich über solche Angebote.

WIE ES WEITER GEHT

Auch wenn mein Projekt zum Flächenverbrauch im August endet, bleibe ich dem Landesverband erhalten. Für die nächsten zwei Jahre werde ich im von BINGO! – Die Umweltlotterie geförderten Projekt „Landwärts – Zukunft in ländlichen Kommunen gestalten" mit Euch daran arbeiten, eine Vision für ein nachhaltiges Leben auf dem Land zu entwickeln.

MEHR ZUM THEMA FLÄCHENVERBRAUCH
bund-sh.de/mensch-umwelt/flaechenverbrauch

NACHHALTIG LEBEN

Die BUNDjugend beschäftigt sich im BINGO!-geförderten Projekt „Stadt.Land.Dorf" mit der Frage, wie nachhaltiges Leben aussehen kann. In der Exkursionsreihe „Nachhaltige Lebenswelten" werden Projekte besucht, die Ideen und Lösungen für nachhaltiges Leben schon heute in die Praxis umsetzen. Die Teilnahme ist kostenlos.

03.09. | HOF- UND WOHNPROJEKT WANDELGUT | MECHOW
Das Wohnprojekt WandelGut bezeichnet sich als Wohn- und Wirk-Ort, der sich einem gesunden Leben für Mensch und Natur verpflichtet hat.

15.10. | DORFPROJEKT ALLMENDE WULFSDORF | AHRENSBURG
Die Allmende Wulsdorf ist ein autofreies und sozial-ökologisches Dorfprojekt. Das Dorf hat geschafft, wovon viele träumen: ein gemeinschaftlich und ökologisch ausgerichtetes Leben.

ANMELDUNG UND INFOS UNTER
bundjugend-sh.de/stadt-land-dorf/exkursionen

J. Schröder/Geomar

AALZEIT

HÖCHSTE ZEIT FÜR EFFEKTIVEN ARTENSCHUTZ!

STEFANIE SUDHAUS
Meeresschutzreferentin BUND SH

Ist fasziniert vom Fakt, dass Aalblut giftig ist und nicht auf Schleimhäute gelangen darf.

Der schlangenartige Europäische Aal ist eine erstaunliche und geheimnisvolle Fischart. Erstaunlich, weil er tausende Kilometer weite Wanderungen zurücklegt und dabei sogar über Land wandern kann. Geheimnisvoll, weil noch nie jemand ein Aalei in freier Wildbahn gefunden hat und er sich auch nicht züchten lässt.

Vor allem aber ist er vom Aussterben bedroht! Die Zahl der Jungtiere, der sogenannten Glasaale, hat dramatisch abgenommen: 2020 lag der Nachwuchs, der die Nordseeküsten erreichte, bei nur noch 0,9 Prozent des Mittels der Jahre 1960 bis 1979.

AAL IN GEFAHR

Die Gründe dafür sind vielfältig. Verbaute Flüsse sind ein enormes Problem für diese wandernde Art: Wasserkraftwerke sind mit ihren Turbinen sowohl für die jungen flussaufwärts als auch für die älteren flussabwärts ziehenden Tiere eine Todesfalle.

Ein weiterer Grund für den Rückgang ist die Fischerei: Weltweit werden große Mengen aller Entwicklungsstadien des Tiers abgefischt. In ihrer Jugend werden sie als Glasaale in großen Mengen illegal gefangen und nach Asien verkauft – bei Preisen um die 6.000 Euro pro Kilogramm ein äußerst lukratives Geschäft. Zudem werden allein in der Ostsee schätzungsweise pro Jahr circa 100.000 ausgewachsene Aale illegal erbeutet – zusätzlich zu den legalen Fangquoten.

SPÄTENTWICKLER

Dabei muss man wissen, dass der Aal erst mit 15 bis 30 Jahren geschlechtsreif wird. Dann wandert er zurück ins Meer, laicht dort ab – und stirbt. Jeder Aal pflanzt sich also nur ein einziges Mal im Leben fort. Ein Grund dafür, warum sich der Aalbestand nur unglaublich langsam erholen kann – wenn überhaupt.

Biopix_N Sloth

SINNVOLLE SCHUTZMASSNAHMEN GEFORDERT

Das ist auch in der Politik bekannt. Die EU hat einige Schutzmaßnahmen eingeleitet. So soll etwa die Durchgängigkeit der Flüsse wiederhergestellt werden. Mindestens 40 Prozent der laichbereiten Blankaale sollen das Meer erreichen. Durch sogenannte Besatzmaßnahmen werden Glasaale in Binnengewässern ausgesetzt. Dabei ist diese Maßnahme stark umstritten, denn bei Fang, Transport und Aufzucht sterben sehr viele der jungen Aale. Kann eine solche Maßnahme, deren Wirksamkeit nicht einmal wissenschaftlich belegt ist, der Aalpopulation mit seiner besonderen Lebensweise helfen, wo doch jedes Tier zählt? Der BUND sagt klar und deutlich „Nein!“. Und deshalb muss zumindest in der derzeitigen akuten Bedrohungslage die Fischerei auf den Europäischen Aal dringend gänzlich eingestellt werden. Nach langem Zögern folgte die EU diesem Rat teilweise und verpflichtete die Mitgliedstaaten, während der drei Hauptabwanderungsmonate ein Fangverbot in ihren Meeresgewässern zu erlassen. Doch viele Staaten legten diese drei Monate zum Wohle der Fischerei knapp oder gänzlich außerhalb der Hauptwanderzeiten.

KLEINER HOFFNUNGSSCHIMMER

In Deutschland gibt es nun einen Fortschritt: Kürzlich wurden die drei Fangverbotsmonate korrigiert und auf Oktober bis Dezember verschoben – auch der BUND hatte sich aktiv für diese Anpassung eingesetzt und freut sich über diesen Erfolg. Hoffen wir, dass noch weitere nützliche Maßnahmen folgen, damit sich der Aalbestand tatsächlich erholen kann.

Das fordert der BUND

- Einen kompletten Fangstopp aller Lebensstadien
- Einstellung der Besatzmaßnahmen
- Wiederherstellung der Durchgängigkeit von Fließgewässern
- Nachrüstung von Wasserkraftwerken, damit Aale nicht mehr verletzt oder getötet werden
- Verstärkung der aktuellen Kontroll- und Strafverfolgungsmaßnahmen durch EUROPOL zur Eindämmung des illegalen Handels

MEHR ZUM AAL
bund.net/meere/aal
bund.net/themen/tiere-pflanzen/tiere/fische/aal

KOALITITONSVERTRAG

ANGRIFF AUF DIE ZIVILEN BETEILIGUNGSRECHTE

OLE EGGERS
Landesgeschäftsführer

Ist empört mit welcher Unverfrorenheit Bundes- und Landesregierung bürgerliche Beteiligungsrechte angreifen.

Zwei Wochen vor der Landtagswahl hat die Jamaica-Koalition in Rekordgeschwindigkeit ein Gesetz durch das Parlament geboxt.

Am Freitag, den 22. April bekam der BUND SH nachmittags um 16 Uhr die Aufforderung zu der bis dahin nicht bekannten Novellierung des Landeswassergesetzes Stellung zu nehmen und diese am folgenden Mittwoch vor dem Wirtschaftsausschuss öffentlich vorzutragen. Am Donnerstag wurde das Gesetz dann im Landtag beschlossen. Die Möglichkeit einer rechtlichen Analyse dieser komplexen Materie war in der Kürze der Zeit unmöglich. Dieses Gesetz ist das erste in Deutschland, das konkrete Planungsbeschleunigungsmaßnahmen auf Landesebene vorsieht. Damit werden die in der Aarhus-Konvention als EU-Recht festgelegten und über Jahrzehnte erkämpften bürgerlichen Beteiligungsrechte für Nichtregierungsorganisationen (NGO) ausgehebelt. Dies ist nicht zufällig, sondern methodisches Vorgehen, wie der neue schwarz-grüne Koalitionsvertrag zeigt.

PLANUNGSBESCHLEUNIGUNG NUR MIT BETEILIGUNG

Eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren begrüßen wir grundsätzlich – etwa um die Energie- und Mobilitätswende voran zu bringen. Gerade bei ökologisch sinnvollen Maßnahmen, wie der Ausweisung von Naturschutzgebieten oder Enteignungsverfahren, beispielsweise bei Wiedervernässungen und Moor-Renaturierungen, könnten Planungsbeschleunigungen sogar extrem helfen. Diese werden im Vertrag aber leider nicht benannt. Planungsbeschleunigung muss jedoch immer EU-rechtskonform sein und darf nicht zu Lasten des Artenschutzes und der öffentlichen Beteiligung gehen. Insbesondere darf eine Planungsbeschleunigung keinesfalls herangezogen werden, um langfristige, klimaschädliche Verträge im Zusammenhang mit fossilen Energieträgern zu rechtfertigen.

ZEITVERZÖGERUNGEN UNERWÜNSCHT

Während vieler Planungen entstehen erwiesenermaßen große Zeitverluste im Vorfeld durch einen Mangel an frühzeitigen, ergebnisoffenen, öffentlichen Beteiligungsformaten. Hier können wesentliche Mängel, wie beispielsweise unqualifizierte Verfahrensunterlagen, aufgedeckt werden, die zu dem Zeitpunkt noch relativ schnell und kostengünstig berichtigt werden können. Auch

In Zukunft müssen noch häufiger öffentlicher Protest und Unterschriftenaktionen wegfallende Bürger*innenbeteiligungen ersetzen.

der Mangel an digitalen Beteiligungsmöglichkeiten sowie der Fachkräftemangel in den Planungsämtern auf Landes- und Kommunalebene, in den Gerichten und den gewerblichen Planungsbüros bewirken eine gefährliche Zeitverzögerung. Anstatt an diesen großen Zeitbremsen zu arbeiten, wird nun bei der zivilgesellschaftlichen Beteiligung angesetzt. Auch wenn die Beteiligungsverfahren nur einen Bruchteil der Verfahrenszeit einnehmen, schreibt die neue Regierung nun eine möglichst frühe Stichtagsregelung für Stellungnahmen im Koalitionsvertrag fest. Die für ehrenamtsgeführte Umweltverbände ohnehin kurzen Beteiligungsfristen von meist einem Monat werden nun auf das EU-rechtlich äußerste Minimum eingekürzt. Alle in dieser extrem kurzen Zeit vergessenen Fakten dürfen in den weiteren, meist jahrelang vor sich hindümpelnden Verfahren nicht mehr vorgebracht werden (sogenannte materielle Präklusion). Auf der anderen Seite werden dagegen zukünftig verwaltungsinterne Fristen ausgeweitet, um die personellen Schwierigkeiten der Verwaltungen zu kaschieren.

EHRENAMT UNTER DRUCK

Diese bürger*innenunfreundliche Handhabung wird den Stress für die beteiligten Ehrenamtlichen zukünftig enorm erhöhen. Der BUND wird jährlich von Land, Kommunen und anderen Vorhabenträgern aufgefordert zu etwa 1.400 Verfahren Stellungnahmen und Einwendungen abzugeben. Dabei kommt es im Schnitt zu einem bis zwei gerichtlichen Verfahren pro Jahr. Umweltverbände klagen schon aus Sparsamkeitsgründen recht selten. Allerdings sind ihre Erfolge bei Verwaltungsrechtsklagen viermal höher als üblich, weil ausschließlich extreme und ausgewählte Fehlplanungen angegriffen werden.

RECHTLICH NICHT DURCHSETZBARE FORDERUNGEN

Krasser juristischer Unsinn ist die aus dem Bundeskoalitionsvertrag übernommene „Mitwirkungspflicht der Naturschutz-

verbände“ bei Verfahrensbeteiligungen. Dabei handelt es sich um einen nicht zulässigen Vertrag zu Lasten Dritter.
Dass ein von Freiwilligen geführter Verein sanktioniert werden soll, sofern er staatlich erwünschte Leistungen nicht liefert, ist in unserem Rechtssystem nicht vorgesehen. Vorstellbar wäre jedoch, dass die Landesregierung sich dazu verpflichtet, die Zivilgesellschaft mit angemessenen Mitteln zu befähigen, ihre Beteiligungsrechte auszuüben. Tatsächlich würden wir uns sogar gerne stärker beteiligen, sofern uns hierfür ausreichend institutionelle Mittel zur Verfügung gestellt werden: Etwa um die ehrenamtlichen Bearbeiter*innen fortzubilden und zu unterstützen.

UNVERZICHTBAR = BETEILIGUNG UNERWÜNSCHT

Die neue Landesregierung beschneidet auch die Beteiligungsmöglichkeiten über Bürger*innenbegehren und -entscheide. Durch Verringerung der Einreichfristen sowie der Erhöhung der Zahl benötigter Unterschriften soll ein wirksames Instrument der zivilgesellschaftlichen Beteiligungsrechte maßgeblich behindert werden. Insbesondere werden mit einer sogenannten „Generalklausel“ Bürger*innenbegehren für Projekte, die die Landesregierung als „unverzichtbare Infrastruktur“ erklärt, von vornherein ausgeschlossen. Sollte eine Gemeinde beim Innenministerium beantragen, etwa die geplante Umgehungsstraße als „unverzichtbar“ zu bezeichnen und dem Wunsch wird stattgegeben, sind damit Bürger*innenbeteiligungen vom Tisch. Ebenso wird bei „Projekten, die der Erreichung der Klimaziele der Landesregierung dienen“, verfahren. Lokale Proteste gegen strittige Standorte von Windmühlen und Freiflächenphotovoltaik-Anlagen werden damit unmöglich.

Oftmals jahrelang kämpft der BUND gegen Projekte, die das Klima und die Umwelt unwiderbringlich schädigen würden.

MIT WIDERSTAND IST ZU RECHNEN!

Mit den vielfältigen Einschränkungen der Bürger*innenbeteiligung im Koalitionsvertrag entsteht der Eindruck, dass die Landesregierung der Zivilgesellschaft systematisch die demokratischen Beteiligungsrechte als strategisches Mittel des Umweltschutzes nehmen möchte. Da ist unser Widerstand vorprogrammiert.

MEHR ZUR BEWERTUNG DES KOALITIONSVERTRAGS
bund-sh.de/landespolitik

„Ich möchte die Vielfalt der Beteiligungsmöglichkeiten im Natur- und Umweltschutz erlebbar machen.“

MARKUS HAMMER

AB 15. AUGUST DER NEUE FREIWILLIGENMANAGER BEIM BUND SH

Schon als Kind wollte Markus Naturforscher werden und im Natur- und Umweltschutz arbeiten. Durch seinen Zivildienst im BUND-Umweltzentrum in Mannheim und seine Mitarbeit bei der Umsetzung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wurde ihm klar: Natur- und Umweltschutz gehen nur gemeinsam mit den Bürger*innen. Aus diesem Grund studierte er in Lüneburg Diplom-Umweltwissenschaften mit den Schwerpunkten Naturschutz sowie Kommunikation. Als Projektleiter in einem Naturschutzprojekt an der Ostsee gelang es ihm Wassersportler*innen, Angler*innen und Naturschützer*innen an einen Tisch zu bekommen. Auf dieses „nasse“ Projekt folgte eine Zeit in Namibia: Hier machte er in der Raubtierforschung seinen Kindheitstraum wahr. Zurück in Deutschland stärkte Markus als Trainer für gewaltfreie Kommunikation in Schulen und Kindergärten ein wertschätzendes Miteinander. Mit diesem Ziel arbeitete er in den letzten zwölf Jahren an einer Fachschule für Sozialpädagogik und bildete zukünftige Erzieherinnen und Erzieher mit den Schwerpunkten Partizipation sowie Natur und Umwelt aus.

Markus Hammer
E-Mail: markus.hammer@bund-sh.de
Tel.: 0176 5672 1401

GENDER UND MOBILITÄT

LINA VON PETERSDORFF
Praktikantin im Projekt Stadt.Land.Dorf
Setzt sich für eine Welt ohne Geschlechterrollen ein.

Unsere Mobilität ist in den letzten Jahren, vor allem in Bezug auf den Klimawandel, stark in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt.
Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem es seit 1990 nicht gelungen ist, die Treibhausgasemissionen deutlich zu senken. Dies wird nur mit einer nachhaltigen Verkehrswende gelingen. Doch auch andere Aspekte sollten bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden: Mobilität ist nicht gleich Mobilität.

ROLLENBILDER ALS URSACHE

Verschiedene Faktoren wie Alter und Einkommen beeinflussen das mobile Verhalten. Ebenso prägen das soziale Geschlecht (Gender) und die damit einhergehenden Rollenbilder die Bewegung im öffentlichen Raum. Unter dem sozialen Geschlecht versteht man die Verhaltensweisen und Eigenschaften, die ein Mensch durch Sozialisierung und Erziehung erlangt. Die Tatsache, dass vorrangig Frauen die Care-Arbeit (unbezahlte Hausarbeit, Pflegearbeit und Kinderbetreuung) übernehmen, ist auf Rollenbilder und das soziale Geschlecht zurückzuführen.

UNGLEICHGEWICHT IN VERKEHRSPLANUNG

Das Problem: Die aktuelle Verkehrsplanung ist auf Menschen ausgelegt, die lineare Wege zurücklegen und hauptsächlich das Auto nutzen. Wer allerdings Einkäufe erledigt, Kinder zur Schule bringt und sich um ältere Verwandte kümmert, bewegt sich ganz anders fort, als eine Person, die morgens zur Arbeit und abends wieder nach Hause fährt. Den Kürzeren ziehen Personen ohne PKW (oft Frauen und Personen mit geringem Einkommen). Zudem unterscheidet sich das (subjektive) Sicherheitsempfinden: Frauen scheuen insbesondere nachts den ÖPNV und den Fußweg nach Hause. Damit jedoch jede*r in einer Gesellschaft am Sozial- und Arbeitsleben teilnehmen kann, ist eine uneingeschränkte Mobilität für alle wichtig.

Mobilitätsverhalten bei Personen zwischen 30 und 39 Jahren: Frauen und Personen, die Care-Arbeit leisten, legen komplexere Wege zurück und nutzen dafür häufiger den ÖPNV, das Rad oder die Füße. *Infos für Grafik: Diehl, Katja: Frauen in Bewegung. Nachhaltige Mobilität und Gender (2021).*

SOZIAL, ÖKOLOGISCH UND INKLUSIV

Aus diesem Grund braucht es nicht nur eine nachhaltige, sondern auch eine gendergerechte Mobilitätswende. Diese wäre barrierefrei, bezahlbar und ökologisch. Sie schafft Platz für Menschen statt für Autos und achtet auf die Sicherheit aller Personen. Komplexe Wegeketten werden mitgedacht, auch im ländlichen Raum. Dort ist nicht nur die schnelle Verbindung in die Stadt wichtig, sondern auch ein möglichst kurzer Weg zum nächsten Supermarkt, zum Arzt oder zur Schule. Menschen sind so weniger abhängig vom Auto: Das ermöglicht eine selbstbestimmte Fortbewegung und damit die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Es braucht verstärkt sichere und barrierefreie Infrastrukturen sowie Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Kinderwagen. Wird dann noch der öffentliche Raum umgestaltet und innerorts Tempo 30 eingeführt, steigert dies die Lebensqualität für alle. Die Verkehrsplanung muss alle Gender- und andere sozialen Gruppen einbinden – nur so ist eine sichere, barrierefreie und schnelle Mobilität für alle möglich.

JÜNGER ALS 27 JAHRE UND LUST AUF UMWELT-, KLIMA- UND NATURSCHUTZ?
Besuche uns auf bundjugend-sh.de oder maile Annika Behrens an annika.behrens@bundjugend-sh.de.

STUDIE ZUR MOBILITÄT IN DEUTSCHLAND
mobilitaet-in-deutschland.de

EINE RAUPE AUF DER SUCHE NACH VEILCHEN

BINI SCHLAMANN
Referentin für Agrar- und Biodiversität

Je tiefer man in die Lebenswelten von Arten eintaucht, umso spannender und beeindruckender wird es.

Die Kaisermäntel sind die Schmetterlinge des Jahres 2022. Als Raupe noch eher unauffällig, sind vor allem die orangebraunen, dunkelbraun gescheckten Falter eine imposante Erscheinung. Eine wundersame Welt eröffnet sich bei einem Blick in ihre Lebensweise.

Die Kaisermäntel leben in lichten und sonnigen Mischwäldern. Dort sind sie auf blüten- und artenreichen Lichtungen oder an Waldsäumen zu finden. In hochstaudenreichen, etwas feuchten und lichten Stellen mit reichlich Kratzdisteln, Doldenblütlern, Wasserdost, Zwerg-Holunder und Veilchen fühlen sie sich wohl. Sowohl für Balz, Eiablage und Nahrung ist dieses Vegetationsmosaik nötig. Als eines der waldärmsten Bundesländer mit elf Prozent der Landesfläche ist es in Schleswig-Holstein gar nicht so leicht, solche Stellen im Wald zu finden. Und doch sind viele Schmetterlinge an genau diesen Lebensraum gebunden. Ein Drittel aller Schmetterlings-Arten der Roten Liste in Schleswig-Holstein kommen in lichten Wäldern vor. Der Kaisermantel ist einer von ihnen.

VORHER NOCH EIN SONNENBAD…

Tatsächlich wurden Kaisermantel-Weibchen bei der Eiablage im August immer in einem Zeitraum zwischen 11 und 16 Uhr beobachtet – das liegt wahrscheinlich am Sonnenstand. Denn bevor das Weibchen die Eier ablegt, sonnt es sich gründlich, vermutlich um sich aufzuwärmen für die darauffolgende Eiablage-Zeremonie. Das Weibchen sucht zuerst die Nahrungspflanzen der kommenden Generation auf, begutachtet sie mit den Fühlern und legt später die Eier ganz in der Nähe und einzeln ab. Als Eiablageplätze dienen die Borkenritzen eines passenden Baums, zuweilen wohl auch Veilchen direkt. Die Raupen schlüpfen noch im September und überwintern dort fastend. Im Frühling begeben sich die Raupen dann zu ihrer ersten Mahlzeit in die Krautschicht. Da sie sich tagsüber verstecken und nur nachts fressen, kennt sie kaum jemand. Vermutlich folgen sie dem Duft der Veilchen. Denn als ihre Futterpflanzen dienen vor allem Violen-Arten, wie Raues-Veilchen oder Wald-Veilchen, aber auch das Echte Mädesüß und Himbeeren werden aufgesucht. Es wird angenommen, dass die jungen Raupen Veilchen und die älteren Raupen zudem Rosengewächse fressen. Dies ist jedoch noch nicht abschließend geklärt.Nach ihrer Verwandlung schwingen sich die Kaisermäntel von Juni bis September in die Lüfte. Als Falter ernähren sie sich von Dost, Disteln, Skabiosen, Brombeeren, Baldrian und Winterlinde. Dort lassen sie sich oft lange auf den Blüten nieder und können dann gut beobachtet werden. Wenn man Glück hat, sind sie auch im Garten am Sommerflieder zu sehen. Ein Naturgarten mit Wasserdost, Baldrian und Veilchen und in der Nähe noch Bäume mit strukturreicher Rinde – das wäre ein gutes Angebot und das nicht nur für die Kaisermäntel.

Bilder: Flickr/Aah Yeah, Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0) Kaisermantel Bild gespiegelt bzw. freigestellt

SCHÖN UND GEFÄHRDET

Je tiefer man in die Lebensweise von einzelnen Arten schaut, desto klarer wird häufig, wie wenig wir eigentlich wissen. Dabei ist unser begrenztes Wissen bei den auffälligen Schmetterlingen recht groß im Vergleich zu anderen, weniger auffälligen Insekten. Wir alle brauchen die Erfahrung in der Natur, um mehr Verständnis für unsere Mitwelt zu erhalten. Das alte Sprichwort von Dr. Konrad Lorenz zählt heute und auch morgen noch: „Man liebt nur, was man kennt und man schützt nur, was man liebt."

Es steht weiterhin schlecht um die Schmetterlinge im Echten Norden. Das macht die aktuell erschienene Rote Liste der Schmetterlinge in Schleswig-Holstein deutlich. Auch der Kaisermantel gehört (trotz Kategorieverbesserung) zu den Arten, die zurückgehen oder durch menschliche Einwirkungen bedroht sind. Von den 849 Schmetterlingsarten in Schleswig-Holstein ist ein Drittel gefährdet. Sieben Prozent sind in den letzten Jahrzehnten bereits ausgestorben. Insgesamt sind 44 Prozent der Großschmetterlingsarten Schleswig-Holsteins in ihrer Bestandsentwicklung rückläufig.

SCHMERTTERLINGEN HELFEN
bund-sh.de/tiere-pflanzen/schmetterlinge

Jahreshauptversammlungen 2022

Sa., 27.08., 16:00 Uhr	**Kreisgruppe Nordfriesland und Ortsgruppen Husum und Schwabstedt** Treenehaus, An der Treene 11 in 25876 Schwabstedt, Kuchenspenden willkommen. Ab **14 Uhr** Besuch der Igelhilfe Schwabstedt.
Mo., 12.09., 19:00 Uhr	**Ortsgruppe Reinbek/Wentorf** C-Haus, Schulstraße 15 in 21465 Reinbek. Anmeldung an reinbek@bund-stormarn.de
Fr., 16.09., 19:00 Uhr	**Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg** im Robert-Koch-Park, Hindenburgstraße 13 in 23879 Mölln
Di., 11.10., 19:00 Uhr	**Kreisgruppe Steinburg** im Familienzentrum St. Ansgar, Coriansberg 18-20 in 25524 Itzehoe

Tagesordnung

1. Begrüßung (Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Genehmigung oder Änderung der Tagesordnung
3. Rechenschaftsbericht
4. Aussprache zu Berichten
5. Haushaltsabschluss 2021
6. Kassenprüfbericht
7. Entlastung des Vorstands
8. Wahlen
9. Anträge
10. Haushaltsplan 2022
11. Verschiedenes

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Lorentzendamm 16, 24103 Kiel
Telefon: 0431 66 060 0
E-Mail: info@bund-sh.de
V.i.S.d.P.: Dr. Claudia Bielfeldt
Redaktion & Gestaltung: Martina Gremler | **Titelbild**: Pixabay/Leuchtturm81
Druckerei: Evers-Druck GmbH, Ernst-Günter-Albers-Straße 13, 25704 Meldorf
Auflage: 8.000 Stück

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des BUND wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND.

Sie haben Fragen, Ideen oder Anregungen?

MITGLIEDERSERVICE

Silke Jürgensen
Telefon: 0431 66 060-10
E-Mail: silke.juergensen@bund-sh.de

FREIWILLIGENMANAGEMENT

Markus Hammer
Telefon: 0176 5672 1401
E-Mail: markus.hammer@bund-sh.de

TERMINE

Mehr unter: bund-sh.de/termine

Mo., 15.08. und 24.08., 10 – 12 Uhr	**Ostsee-Entdeckertour (Projekt BioMare)** BUND-Umwelthaus Neustadt, Am Strande 9 in 23730 Neustadt. 5 Euro p. P., ab 8 Jahre. Anmeldung über bund-sh.de/biomare/ostsee-entdeckertour.
Sa., 20.08., 15:00 Uhr	**BUND-Naturgartenführung „Wildbäume“** Treffpunkt bis 15:10 Uhr: Bushaltestelle Karlsburg (Linie 41/42 und 43) stadtauswärts. Danach den grünen Stoffbändern folgen. Anmeldung erwünscht unter 0157 3809 3705.
Fr., 02.09., 19:00 Uhr	**Ocean Summit Storytelling „Salz im Gesicht – Geschichten von Wassersport & Meerliebe“** mit musikalischer Begleitung. Regattahaus Schilksee, Soling in 24159 Kiel. Kostenfrei.
So., 04.09., 13 – 15 Uhr und 16 – 18 Uhr	**Druckworkshop und Meerestiere mit Kerstin Maywald & Nicola Kochhafen** im Rahmen von „50 Jahre olympisches Segeln“. Auf der Promenade in Schilksee, Soling in 24159 Kiel. Kostenfrei.
Fr., 16.09., 18:00 Uhr	**Vortrag „Naturschätze im Kreis Rendsburg-Eckernförde“ im** Haus für Kinder, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Kiel e. V., Sophienblatt 85 in 24114 Kiel. Anmeldung an rendsburg@bund-sh.de.
Sa., 17.09., 11:00 Uhr	**International Cleanup Day** BUND-Umwelthaus. Bitte Gummihandschuhe, Eimer und ggf. Sammelzangen mitbringen.
So., 09.10., 10 – 14 Uhr	**Herbst-Pflanzenmarkt** der Ortsgruppe Reinbek/Wentorf vor dem Reinbeker Schloss, Schloßstraße 5 in 21465 Reinbek. Infos unter bund-stormarn.de.

Aufgrund der andauernden COVID19-Pandemie müssen die Termine ggf. kurzfristig virtuell stattfinden.